



„Unser Ziel ist, 100 Prozent CO2-neutral zu werden“: Unternehmer Tristan Niewisch nimmt kein Blatt vor den Mund, sondern plakatiert es vorm Eingang.

Fotos: Kleine

„Du läufst momentan vor eine Wand“

Erneuerbare Energie: Unternehmer Tristan Niewisch möchte Photovoltaik installieren – aber wie?

Von Jörg Kleine

Oker. Schnellen Schrittes eilt Tristan Niewisch im Firmengebäude die Treppen empor, öffnet die Tür zum Flachdach und geht hinaus: „Hier wäre Platz für 80 Kilowatt, wir brauchen aber nur 30“, rechnet der Chef von pdv-Software vor. Es regnet, aber am Horizont bricht unter dunklen Wolken wieder die Sonne hervor. Sie könnte künftig auf dem Dach viel Energie liefern, weit über den Bedarf des Goslarer Unternehmens hinaus. Den Überschuss könnte die Firma beispielsweise an ein Nachbarunternehmen im Okeraner Metallurgie-Park liefern. Doch es hakt behördlich im Getriebe, es läuft nicht so, wie es aus Sicht von Niewisch sinnvoll wäre: „Egal, wo du anfängst, läufst du momentan vor eine Wand.“

Nachhaltigkeit, Recycling, Umwelt- und Klimaschutz sind für Niewisch von jeher Top-Themen. Seine Firma mit 40 Beschäftigten liefert Laborsoftware zur Qualitätsanalyse – etwa für Zementindustrie und Hüttenwerke. Bei den Kunden geht es um optimales Recycling von Rohstoffen. Auch fürs eigene Unternehmen hat sich Niewisch ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: „100 Prozent CO₂-neutral, weg vom Erdgas.“ Schließlich schonen Recycling von Rohstoffen und klimaneutrale Energieversorgung nicht nur den Globus, sondern geben auch Sicherheit in Krisenfällen, macht der Goslarer Unternehmer deutlich.

Das zeigt Niewisch auf dem Firmengelände im Schleeke gerne augenzwinkernd und plakativ. „Rechenzentrum“ prangt vorm Eingang auf einer Tafel in der Blumenrabatte – kunstvoll

drapiert mit Gartengeräten. Gleich daneben steht ein mächtiges Metallgehäuse mit markiger Erläuterung: „Diese 60-KW-Wärmepumpe heizt unser Firmengebäude – auch ohne Gas und mit grünem Strom. In der Woche nach dem Einmarsch der Russen in die Ukraine bei Viessmann bestellt und von HLF Goslar installiert. F...k you Gazprom!“ Die Lieferung der Wärmepumpe folgte nach wenigen Wochen, einsatzbereit war sie dann im Herbst 2022. Den Spitzenbedarf beim Heizen im Winter fängt pdv-Software mit der Gasheizung zur Unterstützung ab.

Ökologisch ist das ein Gewinn, rein betriebswirtschaftlich war die Rechnung bislang deftig, wie der pdv-Chef an Monitoren im Foyer schnell klarmacht. Grafiken zeigen, wie der Energieverbrauch insgesamt um 40 Prozent gesunken ist. Die Energiekosten fürs Unternehmen sind aber seither um 60 Prozent gestiegen.

Wohin mit dem Strom?

Deutlich verbessern könnte es die Bilanz, wenn die Firma viel Strom für Gebäude und Wärmepumpe selbst erzeugen würde – mit einer Photovoltaikanlage. Doch bislang gibt es noch keine Solarzellen auf dem Dach. Und genau an dieser Stelle wird es kompliziert.

Überschüssiger Strom von Solaranlagen muss in Deutschland weitgehend ins öffentliche Netz geleitet werden. Dafür bekommen Privathaushalte aktuell rund acht Cent pro Kilowattstunde – also nur einen Bruchteil des Preises, den sie beim Stromkauf an die Versorger zahlen müssen. Die Firma pdv-Software hängt aber an der zentralen Stromleitung für den ganzen Metallurgie-Park in Oker. Niewisch könnte also überschüssigen Solarstrom ganz praktisch ins Netz des Industriegeländes geben – das darf er aber nicht ohne Weiteres.

Als Lösung habe der Versorger Harz-Energie angeboten, einen Zähler zu installieren, der fiktiv misst, wie viel Strom die Firma ins öffentliche Netz gegeben hätte. „Aber das ist in der Realität ja gar nicht vorhanden“, erklärt Niewisch. Solarstrom darf also nicht einfach übergeleitet werden. Und es gibt noch weit mehr Hürden oder Ernüchterung auf dem Weg in die klimaneutrale Zukunft.

Betreiber von Windkraftanlagen etwa erhalten von den Energieversorgern regelmäßig Ausfallgeld, obwohl der Wind kräftig bläst: Wenn das Netz den Strom nicht mehr aufnehmen kann, werden die Mühlen aus dem Wind gedreht, und die Betreiber bekommen dafür eine Entschädigungszahlung. So flossen in den vergangenen Jahren Milliardensummen an Ausfallgeld, allein 2021 waren es bundesweit mehr als 807 Millionen Euro, wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)



berichtete. 93 Prozent davon gingen an Windkraftbetreiber – vor allem in Norddeutschland.

Eine Ursache ist, dass der Netzausbau wenig vorankommt, um Strom von der Küste beispielsweise auch nach Bayern und Baden-Württemberg durchzuleiten, wo Windkraftanlagen bis heute eher Mangelware sind. Statt in den Ausbau der Stromnetze zu investieren oder zumindest überschüssigen Strom an der Windkraftanlage zu speichern, fließt also Entschädigung, die auf die allgemeinen Netzentgelte umgelegt werden. Bezahlen müssen es die privaten Verbraucher.

Die Preisfrage

Ambivalent ist auch der Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), einen subventionierten Preisdeckel für Industriestrom einzuführen. Zur Debatte stehen sechs Cent pro Kilowattstunde, um Nachteile im internationalen Wettbewerb abzubauen. Betriebe, die bei der Produktion viel Energie verbrauchen, sind unter enormem Druck, weil Konkurrenten in Frankreich oder den USA ihren Strom für noch geringere Preise beziehen.

Allerdings reizt subventionierter Billigstrom kaum dazu an, neue Wege zu gehen. Überdies müssten Verbraucher und Steuerzahler wiederum die Zeche begleichen, denn das Subventionsgeld wächst auch in Berlin nicht auf Bäumen.

Doch zurück aufs Dach bei Tristan Niewisch. Er könnte mit seiner geplanten PV-Anlage auch zum eigenständigen Energieversorger mu-

tieren. Dann ließe sich überschüssiger Strom zu freien Preisen verkaufen. Allerdings müsste der Unternehmer dann auch nach allen Regeln der Gesetze die Lasten übernehmen – ob Energiesteuern, Netzegebühren oder Umlagen. Für eine Anlage mit 80 Kilowatt Leistung wäre dies nicht sinnvoll.

Ladesäulen für Autos

Eine andere Möglichkeit bei der geplanten PV-Anlage ist, überschüssigen Solarstrom für E-Autos zu nutzen. Deren Akkus können je nach Reichweite 50 Kilowattstunden und mehr speichern – also Energiemengen, mit denen sich ein Einfamilienhaus mehrere Tage versorgen ließe. Insbesondere asiatische Autohersteller bieten bereits „bidirektionale“ Akkus, die den gespeicherten Strom auch wieder in ein Netzwerk abgeben können.

Für Unternehmen kann das aber knifflig sein, schildert Niewisch: Lädt ein Mitarbeiter sein privates E-Auto in der Firma, dann ist das seit 2017 steuerfrei. Nutzt ein Mitarbeiter aber den Strom für zu Hause, dann müsste dies als geldwerter Vorteil versteuert werden.

„Wir brauchen eigentlich kein Gas“, resümiert der Unternehmer. Technik, Know-how und Wille seien in Deutschland vorhanden. Aber es gebe noch zu viele Hürden, bilanziert Niewisch – vor allem mit Blick auf die Politik: „Wir brauchen weniger Verbote, wir brauchen Möglichkeiten.“ Seinen sonnigen Optimismus hat der Chef von pdv-Software dabei nicht verloren.